

Berlin Mittelstand 4.0

Investitionsbank Berlin
Banken/ Öffentliche Hand
Bundesallee 210
10719 Berlin

Darlehensantrag

- nur über die Hausbank einreichen -

1. Berlin Mittelstand 4.0			Haftungsfreistellung i. H. v. 60%
Betrag in TEUR	Laufzeit/Jahre	Freijahre	<input type="checkbox"/> X
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	

2. Antragsteller¹⁾ (Firma oder Existenzgründer)		bei natürlichen Personen:	
Gründungsdatum	Frau	Herr	Geburtsdatum
<input type="text"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
Name/ Firma (lt. Handelsregister)		Geburtsort	
<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Vorname/ ggf. Fortsetzung Firma			
<input type="text"/>			
PLZ	Ort	Straße, Hausnummer	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Telefon	Telefax	E-Mail	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Staat ²⁾	Rechtsform ³⁾	Branche ⁴⁾	genaue Bezeichnung der Branche
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

3. Unternehmen (sofern nicht Antragsteller), Mithafter etc.		bei natürlichen Personen:	
(Firma oder Existenzgründer)	Frau	Herr	Geburtsdatum
Gründungsdatum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>			Geburtsort
Name/Firma (lt. Handelsregister)		Vorname/ ggf. Fortsetzung Firma	
<input type="text"/>		<input type="text"/>	
PLZ		Straße, Hausnummer	
<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Ort		E-Mail	
<input type="text"/>		<input type="text"/>	
Telefon	Telefax	genaue Bezeichnung der Branche	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
Staat ²⁾	Rechtsform ³⁾	Branche ⁴⁾	
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	

4. Angaben zum Unternehmen

4.1 Arbeitsplätze (Anzahl beschäftigter Personen einschl. Antragsteller) zum Antragszeitpunkt ⁵⁾

Insgesamt davon Frauen

Anzahl der Beschäftigten unter Berücksichtigung des Vorhabens:

Insgesamt davon Frauen

Das Unternehmen ist ein KMU ⁶⁾

5. Vorhaben⁷⁾

5.1 Ausführliche Vorhabensbeschreibung: (ggf. als Anlage beifügen)

5.2 Geplanter Durchführungszeitraum

Beginn: Ende:

5.3 Der Investitionsort entspricht der Adresse des Antragstellers unter:

2. 3. anderenfalls :

PLZ Ort Straße, Hausnummer

5.4 Für das Vorhaben wurde kein paralleler Antrag auf Förderung aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gestellt.

6. Investitionsplan ⁸⁾	7. Finanzierungsplan ⁹⁾	
TEUR	TEUR	
6.1 Grunderwerbskosten	7.1 Eigenmittel / Sacheinlagen	
6.2 Gewerbliche Baukosten	7.2 Summe beantragter Kredite	
6.3 Maschinen, Geräte, Einrichtungen, Fahrzeuge	Weitere öffentliche Mittel	
6.4 Material / Lagerinvestitionen	7.3	
6.5 Übernahme / Kauf von Unternehmensanteilen	7.4	
davon für Warenlager	7.5	
Sonstige (Bezeichnung notwendig) :		
6.6 Betriebsmittel	7.6 Bankkredite	
6.7	Sonstige (z.B. Kontokorrentlinie der Hausbank) :	
6.8	7.7	
Summe Investitionsplan :	Summe Finanzierungsplan:	
In den Angaben ist MwSt./ Vorsteuer enthalten <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	In Berlin Mittelstand 4.0 enthaltene Finanzierung für Betriebs- und Umlaufmittel:	

8. Grundangaben Wirtschaftliche Verhältnisse in TEUR (bei Existenzgründern Planzahlen zu Umsatz und Jahresüberschuss für 2 Jahre)			
	Letzter Abschluss (1. Planjahr)	Vorletzter Abschluss (2. Planjahr)	
Stichtag			
Bilanzangaben (lt. Jahresabschluss; entfällt bei Bilanzeinreichung)			
Bilanzsumme			
Sachanlagevermögen			
Umlaufvermögen			
Eigen-Minuskapital			
Verbindlichkeiten bis zu 1 Jahr			
Forderungen an Gesellschafter			
GuV-Angaben (lt. Jahresabschluss, entfällt bei GuV-Einreichung)			
Umsatz			
Abschreibungen insgesamt			
Zinsaufwand			
Jahresüberschuss +/-			
Weitere Angaben			
Sonderabschreibungen			
Gesellschaftergehälter (brutto)			
Körperschaftsteuer			
Sonstige Einkünfte der Inhaber/ Gesellschafter aus Besitz- und Betriebsfirma (z.B. Zuführung zu Pensionsrückstellungen, Zinsen für Gesellschafterdarlehen) sowie weitere gewerbliche / freiberufliche Einkünfte (einschl. Besitzformen)			
8.1 Waren oder sind Zwangsmaßnahmen (z.B. Mahnbescheid, Wechselprotest, Insolvenzverfahren) eingeleitet?			
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			
Falls ja, bitte erläutern:			

9. Datenschutzinformationen gemäß Art. 13, 14 und 21 DSGVO

Die Vertraulichkeit Ihrer personenbezogenen Daten ist uns wichtig. Wir möchten Ihnen daher an dieser Stelle Informationen darüber geben, wie wir Ihre Daten schützen, zu welchem Zweck wir Ihre Daten speichern und welche Rechte Sie bezüglich Ihrer durch uns verarbeiteten Daten wahrnehmen können. Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten bzw. mit Ihnen vereinbarten Dienstleistungen. Darüber hinaus können Sie ggf. weitergehende datenschutzrechtliche Informationen in den Antrags- und Vertragsformularen einzelner Förderprogramme finden.

I. Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortliche für die Datenverarbeitung:	Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:
Investitionsbank Berlin, vertreten durch den Vorstand Bundesallee 210, 10719 Berlin Telefon: (030) 21 25 – 0, Fax: (030) 21 25 – 20 20 E-Mail-Adresse: info@ibb.de	Datenschutzbeauftragter der Investitionsbank Berlin Bundesallee 210, 10719 Berlin E-Mail-Adresse: datenschutz@ibb.de

II. Zwecke der Datenverarbeitung

Wir erheben und verarbeiten Ihre Daten, um Ihre Anfrage bezüglich einer unserer Dienstleistungen zu beantworten, zur Umsetzung der mit Ihnen geschlossenen Verträge bzw. Ihnen erteilten Förderzusagen, zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten sowie zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten. Je nach Zweck ergeben sich unterschiedliche Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung (siehe III.). Es kann auch der Fall sein, dass die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten gesetzlich (z.B. zur Geldwäscheprävention) oder vertraglich (z.B. zur Prüfung Ihrer Kreditwürdigkeit) vorgeschrieben oder für einen Vertragsabschluss erforderlich ist. Dann sind Sie verpflichtet, die personenbezogenen Daten bereitzustellen; eine Nichtbereitstellung hätte möglicherweise zur Folge, dass wir unsere Leistungen nicht erbringen können oder dürfen oder dass wir einen Geldwäscheverdacht melden müssen.

III. Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a), b), c), e) und f) DSGVO)

Soweit Sie uns eine Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) i.V.m. Art. 7 DSGVO) zur Verarbeitung personenbezogener Daten für bestimmte Zwecke (z. B. Registrierung im Kundenportal, Kommunikation per E-Mail) erteilt haben, ist die Rechtmäßigkeit dieser Verarbeitung auf Basis Ihrer Einwilligung gegeben.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt insbesondere zur Durchführung unserer Verträge mit Ihnen und zur Umsetzung Ihrer Aufträge sowie zur Ausführung aller mit dem Betrieb und der Verwaltung eines Kreditinstituts erforderlichen Tätigkeiten (Art. 6 Abs. 1 Buchst. b) DSGVO). Die Zwecke der Datenverarbeitung richten sich in erster Linie nach dem konkreten Produkt. Die weiteren Einzelheiten zum Zweck der Datenverarbeitung können sie den jeweiligen Vertragsunterlagen und Geschäftsbedingungen entnehmen. Zudem unterliegen wir als Bank diversen rechtlichen Verpflichtungen bzw. gesetzlichen Anforderungen (z.B. Kreditwesengesetz, Geldwäschegesetz, Wertpapierhandelsgesetz, Steuergesetze) sowie bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (z.B. der Deutschen Bundesbank und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Zu den Zwecken der Verarbeitung gehören unter anderem die Kreditwürdigkeitsprüfung, die Identitäts- und Altersprüfung, Betrugs- und Geldwäscheprävention, die Erfüllung steuerrechtlicher Kontroll- und Meldepflichten sowie die Bewertung und Steuerung von Risiken. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) DSGVO.

Die Investitionsbank Berlin als Anstalt des öffentlichen Rechts hat vom Land Berlin den Auftrag, Fördermaßnahmen durchzuführen, die im öffentlichen Interesse sind (§ 4 der Satzung der IBB). Um diese Zwecke zu erfüllen, verarbeitet sie personenbezogene Daten (Art. 6 Abs. 1 Buchst. e) DSGVO).

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten über die eigentliche Erfüllung des Vertrages hinaus zur Wahrung berechtigter Interessen von uns oder Dritten (Art. 6 Abs. 1 Buchst. f) DSGVO). Beispiele:

- Konsultation von und Datenaustausch mit Auskunfteien (z.B. SCHUFA) zur Ermittlung von Bonitäts- bzw. Ausfallrisiken;
- Geltendmachung rechtlicher Ansprüche und Verteidigung bei rechtlichen Streitigkeiten;
- Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebs der IBB;
- Verhinderung und Aufklärung von Straftaten;
- Maßnahmen zur Gebäude- und Anlagensicherheit (z.B. Zutrittskontrollen);
- Maßnahmen zur Sicherstellung des Hausrechts;
- Direktmarketing.

IV. Kategorien der personenbezogenen Daten und Kategorien von Empfängern

Wir verarbeiten u.a. folgende personenbezogene Daten: Identitätsdaten (z.B. Namen, Adressen etc.), wirtschaftliche Daten, Objektdaten. Kategorien von möglichen Empfängern sind deutsche und europäische Behörden, andere Kreditinstitute und Finanzierungspartner, Berater bzw. Gutachter und Auskunfteien. Des Weiteren können Empfänger Ihrer Daten von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter nach Art. 28 DSGVO sein. Dies sind Unternehmen in den Kategorien kreditwirtschaftliche Leistungen, Innovationsförderung, Druckdienstleistungen, IT-Dienstleistungen, Telekommunikation, Statistik, Beratung und Consulting sowie Vertrieb und Marketing.

V. Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten

Soweit erforderlich verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten für die Dauer unserer Geschäftsbeziehung, was beispielsweise auch die Anbahnung und die Abwicklung eines Vertrages umfasst.

Darüber hinaus unterliegen wir verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, die sich u.a. aus dem Handelsgesetzbuch (HGB), der Abgabenordnung (AO) oder dem Geldwäschegesetz (GwG) ergeben. Die dort vorgegebenen Fristen zur Aufbewahrung bzw. Dokumentation betragen zwei bis zehn Jahre. Schließlich beurteilt sich die Speicherdauer auch nach den gesetzlichen Verjährungsfristen, die zum Beispiel nach den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bis zu dreißig Jahre betragen können, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Darüber hinaus kann es bei Fördermaßnahmen zu einer abweichenden Speicherdauer aufgrund von landesrechtlichen oder europarechtlichen Vorschriften kommen.

VI. Ihre Rechte in Bezug auf den Datenschutz

Sie haben das Recht, über die Sie betreffenden personenbezogenen Daten Auskunft (Art. 15 DSGVO) zu verlangen. Ebenfalls steht Ihnen das Recht zu, bei Vorliegen der Voraussetzungen Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO) oder Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) Ihrer Daten zu verlangen.

Es besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Aufsichtsbehörde:

Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Friedrichstraße 219, 10969 Berlin.

VII. Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) und f) der DSGVO (Datenverarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder im Rahmen einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für die Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der Direktwerbung oder ein auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO, das wir zur Bonitätsbewertung einsetzen. Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst gerichtet werden an:

Investitionsbank Berlin
Bundesallee 210, 10719 Berlin

VIII. Einwilligungen

Ihre nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) DSGVO erteilten Einwilligungen können Sie jederzeit für die Zukunft gegenüber der Investitionsbank Berlin widerrufen. Dies gilt auch für Einwilligungen, die bereits vor Inkrafttreten der DSGVO erteilt wurden. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

IX. Nutzung der Daten für die Profilbildung (Scoring)

Wir verarbeiten teilweise Ihre Daten automatisiert mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte zu bewerten (Profiling). Im Rahmen der Beurteilung Ihrer Kreditwürdigkeit nutzen wir das Scoring. Dabei wird die Wahrscheinlichkeit berechnet, mit der ein Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen vertragsgemäß nachkommen wird. In die Berechnung können beispielsweise Einkommensverhältnisse, Ausgaben, bestehende Verbindlichkeiten, Beruf, Arbeitgeber, Beschäftigungsdauer, Erfahrungen aus der bisherigen Geschäftsbeziehung, vertragsgemäße Rückzahlung früherer Kredite sowie Informationen von Kreditauskunfteien einfließen. Das Scoring beruht auf einem mathematisch-statistisch anerkannten und bewährten Verfahren. Die errechneten Scorewerte unterstützen uns bei der Entscheidungsfindung im Rahmen von Produktabschlüssen und gehen in das laufende Risikomanagement mit ein. Eine automatisierte Entscheidung im Einzelfall im Sinne des Art. 22 DSGVO nutzen wir nicht.

10. Weitere Erklärungen des/der Antragsteller(s) und des/der Mithafter(s)

Ich/Wir bestätige/n die Vollständigkeit und Richtigkeit der in diesem Antrag und in den Anlagen gemachten Angaben und versichere/n, kein anderes Kreditinstitut mit der Antragstellung betraut zu haben. Die Produktinformation habe(n) ich/wir zur Kenntnis genommen und mit den "Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Berlin Mittelstand 4.0- Endkreditnehmer -" der IBB erkläre(n) ich/wir mich/uns einverstanden.

Ich /wir verpflichte(n) mich/uns, die Hausbank über wesentliche Änderungen der zu diesem Antrag gemachten Angaben, die vor Auszahlung des Darlehens eintreten, unverzüglich und unaufgefordert in Kenntnis zu setzen.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die Bereitstellungsprovision von 0,10 % p. M. (beginnend zwei Bankarbeitstage und drei Monate nach Zusage datum für noch nicht ausgezahlte Kreditbeträge) zu entrichten. Diese Bereitstellungsprovision ist auch dann zu zahlen, wenn ich/wir den beantragten und von der IBB zugesagten Kredit nicht in Anspruch nehme(n), es sei denn, dass ich/wir meiner Hausbank innerhalb der für die Berechnung der Bereitstellungsprovision oben genannten maßgeblichen Frist mitteile(n), dass ich/wir den Kredit nicht in Anspruch nehme(n).

Über die Höhe der Bereitstellungsprovision habe(n) ich/wir mich/uns anhand der Allgemeinen Geschäftsbedingungen zu Berlin Mittelstand 4.0 und der Produktinformation informiert. Mir/Uns ist bekannt, dass die Kreditkonditionen zum Zeitpunkt der Erteilung der Kreditzusage der IBB an das durchleitende Institut festgelegt werden.

Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörde von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses gemäß § 30 Abgabenordnung gegenüber der/den für die Entscheidung über diesen Antrag zuständigen Stelle(n). Die Befreiung vom Steuergeheimnis gilt bis zum Erlöschen aller Forderungen aus der Förderung.

Mir/Uns ist bekannt, dass den Krediten aus dem Programm Berlin Mittelstand 4.0 der IBB Subventionen der Öffentlichen Hand zugrunde liegen. Ich/Wir bin/sind darüber unterrichtet, dass meine/unsere Angaben zur Person und zur Firma, zur Betriebsstätte und zum Investitionsort, zum Vorhaben, zur Finanzierung und zu den De-minimis-Beihilfen, zu gewerblichen und privaten Eigentums- und Vermögensverhältnissen sowie zu Beteiligungsverhältnissen subventionserheblich im Sinne des § 264 StGB sind.

Mir/Uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den bestehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/Bescheinigung erteilenden Bank mitteilen, und zwar über die Hausbank, bei der der Antrag eingereicht wurde.

Datum	rechtsverbindliche Unterschrift(en) des / der Antragsteller(s) / Mithafter(s)
<input type="text"/>	
Ort	
<input type="text"/>	

11. Stellungnahme des Kreditinstituts zum Darlehensantrag

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers haben wir uns - bzw. die ggf. beteiligten Konsortialbanken sich - gemäß § 18 KWG offen legen lassen; die Unterlagen haben keinen Anlass zu Bedenken gegeben. Wir halten den Antragsteller und seine Mithafter für kreditwürdig. Nach unserer Auffassung erfüllen der Antragsteller und Mithafter und das Vorhaben die Bestimmungen des Programms Berlin Mittelstand 4.0. Unserer Kenntnis nach ist ein nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg zu erwarten. Die unter Ziffer 9 "Erklärung des/der Antragsteller(s) und des/der Mithafter(s)" als subventionserheblich gekennzeichneten Angaben sind - nach unserer Kenntnis - vollständig und richtig. Wir bestätigen die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden und in den Anlagen gemachten Angaben, soweit diese im Rahmen der banküblichen Sorgfalt von uns zu prüfen waren. Wir verpflichten uns, im Falle einer späteren Information des Kunden jede Abweichung von den bestehenden Angaben des Antrages unverzüglich an die IBB weiterzuleiten.

Wir bestätigen, dass wir Kreditdaten nur zum Zweck der Antragsbearbeitung und Darlehensverwaltung und, soweit dies zur Aufgabenerfüllung der IBB erforderlich ist, erheben, elektronisch verarbeiten, speichern und einander übermitteln sowie auswerten.

Bei Existenzgründung oder -festigung: Wir bestätigen, dass nach unserer Auffassung der Antragsteller für das Vorhaben fachlich und kaufmännisch geeignet ist.

Wir bestätigen, dass die beantragten Kredite banküblich besichert sind. Wir bestätigen, dass kein Kreditinstitut, keine Versicherung oder eine vergleichbare Finanzinstitution unmittelbar oder mittelbar zu mehr als 25 % am geförderten Unternehmen beteiligt ist.

Wir haben Einwilligung zur Einholung der SCHUFA Auskunft vom Antragsteller erhalten und zu unseren Kreditunterlagen genommen.

Wir erkennen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Berlin Mittelstand 4.0- Kreditinstitute - der IBB an.

Nur auszufüllen vom Kreditinstitut

Bonitätsklasse 10)	Einjahres-Ausfallwahrscheinlichkeit in %	Besicherungs- klasse (1 - 3): 11)	Preisklasse (A - I):	Angebotsmarge 12) in Prozent
<input type="text"/>	<input type="text"/>	zu 1.1 <input type="text"/>	zu 1.1 <input type="text"/>	<input type="text"/>
		zu 1.2 <input type="text"/>	zu 1.2 <input type="text"/>	<input type="text"/>
		zu 1.3 <input type="text"/>	zu 1.3 <input type="text"/>	<input type="text"/>

Das erste konkrete Finanzierungsgespräch fand statt am:

kein Unternehmen in Schwierigkeiten gemäß Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung nichtfinanzieller Unternehmen in Schwierigkeiten / Prüfung erfolgt

Besicherung des beantragten Kredits (ggf. Anlage, in TEUR)

Art der Sicherheit (ggf. kurze Beschreibung)	Nominelle Höhe	Vorlasten (nominal)	Gleichrangige Lasten	Verkehrswert (ersatzweise Buchwert)	Beleihungswert / Wertansatz
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

Hausbank

Name / Ort

Referenzzeichen

E-Mail

Kundenbetreuer

BIC

Telefon/Fax

Datum

Stempel / Unterschriften

12. Unterlagen / Anlagen zur Antragstellung Berlin Mittelstand 4.0

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Darstellung des Vorhabens bzw. Unternehmenskonzept | <input type="checkbox"/> Gesellschaftsvertrag |
| <input type="checkbox"/> Investitions- und Finanzierungsplan (einschließlich Angaben zu den Sicherheiten für nicht verbürgte Kredite) | <input type="checkbox"/> Übersicht über bestehende Kreditverbindlichkeiten (einschl. Konditionen und Sicherheiten) |
| <input type="checkbox"/> Jahresabschlüsse der letzten 2 Jahre sowie aktuelle betriebswirtschaftliche Auswertungen | <input type="checkbox"/> Handelsregisterauszug |
| <input type="checkbox"/> Übernahme bzw. Kaufvertrag; Miet- bzw. Pachtverträge | <input type="checkbox"/> Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamtes, der Krankenkassen und Berufsgenossenschaft |
| <input type="checkbox"/> Rentabilitätsvorschau | <input type="checkbox"/> Lebensläufe und Selbstauskünfte der Kreditnehmer / Gesellschafter |

Allgemeine Hinweise

Sofern das Antragsformular im Einzelfall nicht ausreicht bzw. dies in den Erläuterungen zum Antrag verlangt wird, sind ergänzende Angaben in einer gesonderten Anlage zum Antrag zu machen. Fehlende Angaben führen zu einer Verzögerung der Bearbeitung.

Erläuterungen zum Ausfüllen:

- 1) **Antragsteller / Unternehmen / Mithafter**
Grundsätzlich gilt, dass die gesamtschuldnerischen Mithafter für die beantragten Kredite unter 3. angegeben werden (weitere Mithafter ggf. in einer Anlage). Für eine personengebundene Förderung im Rahmen von Gründungsfinanzierungen gilt: Unter 2. ist die gemäß Produktinformation antragsberechtigte natürliche Person einzutragen. Die Angaben unter 3. sind auf das Unternehmen zu beziehen, an dem sich der Antragsteller beteiligt oder das er gründet (gefördertes Unternehmen). Bei Betriebsaufspaltungen sind unter 3. und 4. die Angaben des Betriebsunternehmens anzugeben.
- 2) **Staat**
Bitte nur angeben, wenn nicht Deutschland
- 3) **Rechtsformschlüssel**
02 = Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)
03 = Offene Handelsgesellschaft (OHG)
04 = Kommanditgesellschaft (KG)
05 = Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
06 = GmbH & Co. KG
07 = eingetragene Genossenschaft (e.G.)
08 = Aktiengesellschaft (AG)
09 = eingetragener Verein (e.V.)
10 = Partnerschaft
11 = Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit (VVaG)
12 = Einzelperson
13 = Einzelfirma
14 = eingetragene Kaufleute
99 = Sonstige
- 4) **Branchenschlüssel**
Bitte geben Sie den 5-stelligen Branchenschlüssel (WZ2008) des Statistischen Bundesamtes an. Darüber hinaus ist auch die genaue Bezeichnung der Branche anzugeben. Bei Platzmangel kann hierfür das Feld Vorhabensbeschreibung mitverwendet werden.
- 5) **Arbeitsplätze**
Bitte geben Sie unter "insgesamt" die Anzahl aller Beschäftigten (einschließlich Antragsteller und mithelfende Familienangehörige) inklusive aller Frauen, Teilzeitbeschäftigten und Auszubildenden an. Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende sind auf Vollzeitbeschäftigte umzurechnen. Da es sich dabei jeweils um eine Anzahl von natürlichen Personen handelt, sind die Angaben hier nur in ganzen Zahlen möglich. Bitte sehen Sie von der Angabe von Zahlenbereichen ab.
- 6) **KMU-Definition**
Diese Angaben dienen der Erfüllung der KMU-Definition gemäß Amtsblatt der Europäischen Kommission L 124/36 vom 20.05.2003; zugrunde liegt Verordnung (EG) Nr. 2/2001 der Kommission vom 12.01.2001. Demnach wird die KMU-Definition erfüllt, wenn ein Unternehmen weniger als 250 Beschäftigte hat und der Umsatz höchstens 50 Mio. EUR oder die Bilanzsumme höchstens 43 Mio. EUR beträgt.
- 7) **Vorhabenbeschreibung**
Wir bitten um eine ausführliche Beschreibung des Vorhabens (es muss z.B. erkennbar sein, welche Maschinen gekauft werden sollen). Sollte der Platz unter 5.1 nicht ausreichend sein, erbitten wir die Darstellung in einer gesonderten Anlage.
- 8) **Investitionsplan**
Bei nicht vorsteuerabzugsberechtigten Antragstellern dürfen die im Investitionsplan ausgewiesenen Beträge inklusive Mehrwertsteuer angegeben werden. Gegebenenfalls kann zur Angabe aller Informationen die Verwendung einer Anlage notwendig sein.
- 9) **Finanzierungsplan**
Unter „Sonstige öffentliche Mittel“ weisen Sie bitte - sofern beantragt - Kredite der KfW (einschließlich Eigenmittelprogramme) oder sonstige „öffentliche Mittel“ jeweils mit einer kurzen Bezeichnung und der Höhe aus (ggf. erwartete Höhe). Dabei ist kenntlich zu machen, ob es sich bei den öffentlichen Mitteln um eine Zulage/einen Zuschuss oder einen Kredit handelt. Reichen die vorhandenen Zeilen nicht aus, können weitere öffentliche Mittel in der Zeile unter „Sonstige Mittel“ angegeben werden, wobei diese als öffentliche Mittel zu kennzeichnen sind. Keinesfalls dürfen öffentliche Mittel in den Bankkrediten enthalten sein.
- 10) **Bonitätsklasse/ Ratingklasse** (für Berlin Mittelstand 4.0)
Grundlage für die Punkte 22 bis 24 ist das risikogerechte Zinssystem der KfW. Die Bonität kann als Bonitätsklasse oder als 1-Jahres Ausfallwahrscheinlichkeit in Prozent angegeben werden. Die Bonitätsklasse ergibt sich aus der von der Hausbank nach eigenen Rating- und Scoringssystemen ermittelten 1-Jahres Ausfallwahrscheinlichkeit.

Bonitätsklasse und Bonitätseinschätzung durch die Bank	1-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeit	International übliche Ratingklassen
1 (ausgezeichnet)	<= 0,10 %	A- und besser
2 (sehr gut)	> 0,10 % und <= 0,40 %	BBB
3 (gut)	> 0,40 % und <= 1,20 %	BB+
4 (befriedigend)	> 1,20 % und <= 1,80 %	BB
5 (noch befriedigend)	> 1,80 % und <= 2,80 %	BB-
6 (ausreichend)	> 2,80 % und <= 5,50 %	B+
7 (noch ausreichend)	> 5,50 % und <= 10,00 %	B
- 11) **Besicherungs-kategorie** (für Berlin Mittelstand 4.0)
Die Besicherungs-kategorie ergibt sich aus der von der Hausbank ermittelten prozentualen werthaltigen Besicherung.

Besicherungs-kategorie	Werthaltige Besicherung in Prozent
1	>= 70 %
2	> 40 % und < 70 %
3	<= 40 %
- 12) **Angebotsmarge (für Berlin Mittelstand 4.0)**
Die Angebotsmarge leitet die Hausbank aus der Einschätzung von Bonität und Besicherung ab. Aus der Kombination der ermittelten Bonitätsklasse und Besicherungs-kategorie ergibt sich die Preisklasse.

Bonitätsklasse	1	1	1	2	2	3	4	2	3	5
Besicherungs-kategorie	1	2	3	1	2	1	1	3	2	1
Preisklasse	A			B			C		D	
Bonitätsklasse	4	6	5	3	4	6	5	7	7	6
Besicherungs-kategorie	2	1	2	3	3	2	3	1	2	3
Preisklasse	E		F		G		H		I	

Bei Kombinationen, die vom oben dargestellten regulären risikogerechten Zinssystem nicht abgedeckt werden, sind Zusagen nicht möglich. Für jede Preisklasse veröffentlicht die IBB maximale Endkreditnehmerzinssätze für die Varianten von Berlin Mittelstand 4.0. Der kundenindividuelle Zinssatz, der sich aus der Angebotsmarge ergibt, darf den maximalen Endkreditnehmerzinssatz nicht übersteigen.

Anlage

De-minimis-Erklärung des Antragstellers

im Sinne der EU-Verordnungen für De-minimis-Beihilfen

1. Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen

Vorname, Name/ Unternehmen (lt. Handelsregister)

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Ist das Unternehmen im Bereich des gewerblichen Straßentransportsektors tätig: Ja Nein

2. Definition und Erläuterungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als „*ein einziges Unternehmen*“ im laufenden sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren erhalten hat.

Für die Zwecke der De-minimis-Verordnungen sind die Unternehmen als *ein einziges Unternehmen* zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens,
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzurufen,
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als *ein einziges Unternehmen* betrachtet.

Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle De-minimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren gewährt wurden, angegeben werden. Im Zuge von Unternehmensaufspaltungen werden die De-minimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist dies nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

3. Erklärung

Hiermit bestätige ich, dass ich als ein einziges Unternehmen gemäß Punkt 2 im laufenden Kalenderjahr sowie in den vorangegangenen zwei Kalenderjahren

keine

folgende

Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt habe (bitte die beantragten De-minimis-Beihilfen besonders kennzeichnen):

- **Allgemeine-De-minimis-Beihilfen**

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen¹ bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf „De-minimis“-Beihilfen²,

- **Agrar-De-minimis-Beihilfen**

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor³ bzw. der Verordnung (EG) Nr. 1535/2007 der Kommission vom 20. Dezember 2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Agrarerezeugnissektor⁴,

- **Fisch-De-minimis-Beihilfen**

im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 875/2007 der Kommission vom 24. Juli 2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Fischereisektor bzw. der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor⁵ und

- **DAWI-De-minimis-Beihilfen**

im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 360/2012 der Kommission vom 25. April 2012 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen an Unternehmen, die Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse erbringen⁶.

Antragsteller und ggf. Unternehmen des Verbundes (gem. Punkt 2)	Datum Zusage	Beihilfegeber	Aktenzeichen	De-minimis-Beihilfe	Fördersumme [EUR] z.B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft	Beihilfewert [EUR]

Angaben in den Punkten 1 und 3 subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Ich verpflichte mich, Ihnen unverzüglich Änderungen der vorgenannten Angaben zu übermitteln, sobald mir diese bekannt werden.

Ort, Datum

Name des Unterzeichners in
Druckbuchstaben

rechtsverbindliche Unterschrift

¹ Amtsblatt der EU Nr. L 352/1 vom 24. Dezember 2013

² Amtsblatt der EU Nr. L 379/5 vom 28. Dezember 2006

³ Amtsblatt der EU Nr. L 352/9 vom 24. Dezember 2013

⁴ Amtsblatt der EU Nr. L 337/35 vom 21. Dezember 2007

⁵ Amtsblatt der EU Nr. L 193/6 vom 25. Juli 2007 bzw. Amtsblatt der EU Nr. L 190/45 vom 28. Juni 2014

⁶ Amtsblatt der EU Nr. L 114/8 vom 26. April 2012